

OADEV-Update

Osteuropa – 2020/10

(Stand: 12. August 2020)

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschusses,

mit dem aktuellen OA-Update Osteuropa informieren wir Sie wieder über die Entwicklungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (außer Moldau).

Zusammenfassung

In Belarus haben am 9. August 2020 die **Präsidentschaftswahlen** stattgefunden. Die **staatliche Wahlkommission** erklärte Amtsinhaber **Lukaschenko zum Sieger** und verkündete, dass 80,08 Prozent für ihn und 10,09 Prozent für die Hauptkandidatin der Opposition, Swetlana Tichanowskaja, gestimmt hätten. Diese **offizielle Stimmenverteilung** wird von nationalen, aber auch internationalen Beobachtern **in Zweifel gezogen**. Das Land erlebt gegenwärtig die größten Demonstrationen seit Jahrzehnten. Ost-Ausschuss-Vorsitzender Oliver Hermes rief in einem Statement dazu auf, nach einer friedlichen Lösung zu suchen und weitere Gewalt zu vermeiden. „Ein Runder Tisch, wie es ihn im Zuge der Transformation in vielen Ländern Mitteleuropas gegeben hat, könnte auch für Belarus eine Lösung sein.“

Mit Blick auf die Corona-**Infektionsdynamik** gestaltet sich die Lage in den Ländern der Östlichen Partnerschaft weiter unterschiedlich. Während Georgien Anfang August bereits wieder erste ausländische Touristen ohne Quarantäneanforderungen empfangen konnte, hat Aserbaidschan das spezielle Quarantäneregime mit Ausgangsbeschränkungen verlängert. In Armenien und der Ukraine gelten zum Teil und in bestimmten Regionen noch spezielle Schutzbestimmungen und Beschränkungen. Jedoch scheint keines der Gesundheitssysteme überlastet zu sein. In allen Ländern ist die Corona-bedingte ökonomische Talsohle offenbar durchschritten, wenngleich die Rückkehr zum Vorkrisenniveau erst im Laufe der nächsten Jahre möglich sein wird.

Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der OA in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#). In einer gesonderten wöchentlichen Übersicht informiert der OA außerdem über die Fallzahlen und Infektionsdynamiken in der Region. Weitere Entwicklungen mit wirtschaftspolitischen Folgen für die fünf Länder sowie Veranstaltungsnachlesen und eine Vorausschau finden Sie in diesem Update.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Kommende Veranstaltungen**

- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Wirtschaftspolitik

Ukraine

In der Ukraine können auf Grund des anhaltenden Infektionsgeschehens neun Regionen noch nicht vollständig das spezielle Quarantäne-Regime verlassen. Die tägliche Ansteckungsrate pendelt um die Marke von 1000 Personen.

Im Vorfeld des Ukraine-EU Gipfels im Oktober laufen in der Ukraine die Abstimmungen zur **Einbindung des Landes in den Green Deal der Europäischen Union**. Im Zentrum stehen dabei die Steigerung der Energieeffizienz in der Wirtschaft, die Transformation des Kohlesektors, die Entwicklung von erneuerbaren Energien und der Wasserstoffwirtschaft. Weiterhin soll ein nationales CO₂-Zertifikatesystem entwickelt und die Möglichkeiten der Digitalisierung vorangetrieben werden. Weitere Bereiche, wie der Transportsektor und die Agrarwirtschaft, sind ebenfalls eingebunden. Die Vize-Premierministerin für Euro-Atlantische Integration Olha Stefanishyna plädierte dafür, dass auch die Ukraine in die Umsetzung des EU-Green Deals eingebunden werden sollte, um neue Handelsbarrieren zu vermeiden.

Am 11. August unterzeichnete Präsident Selenskyj das Gesetz zur **Neuregelung des Glücksspiels** in der Ukraine. Lizenziert dürfen bestimmte Arten von Glücksspiel in Hotels der Drei-Sterne, Vier-Sterne und Fünf-Sterne Kategorie betrieben werden. Damit endet ein elfjähriges Glücksspielverbot.

Für das Jahr 2020 rechnet die Ukraine mit weiteren **internationalen Kreditmitteln** in Höhe von rund 3,3 Milliarden US-Dollar. Davon entfallen 700 Millionen US-Dollar auf Mittel der Weltbank, 1,4 Milliarden US-Dollar auf Mittel des Internationalen Währungsfonds und rund 1,2 Milliarden US-Dollar auf Mittel der makro-finanziellen Unterstützung durch die Europäische Union. Bis zum Juli flossen bereits rund 2,6 Milliarden US-Dollar aus Mitteln des Internationalen Währungsfonds (2,1 Milliarden US-Dollar) und der Europäischen Union (Makro-Finanzielles Unterstützungsprogramm, 0,5 Milliarden US-Dollar).

Die ukrainische Regierung hat mit Leonid Krawtschuk kürzlichen einen neuen Vertreter der Ukraine in der Trilateralen Kontaktgruppe benannt, die Lösungsansätze für den Konflikt im Osten des Landes erarbeiten soll. In diesem Zusammenhang soll nun auch eine **Wirtschaftsförderungsstrategie für den Donbas** entwickelt werden, die für ukrainisch kontrollierte Gebiete im Donbas gilt und perspektivisch auch Gebiete einbeziehen soll, die aktuell nicht unter Kontrolle der Ukraine sind. Diese „Prioritären Entwicklungszonen“ sollen mit Steuervorteilen und anderen Vorteilen ausgestattet werden. Die ukrainische Seite sei zu Kompromissen bereit, werde jedoch keine Ansprüche auf die Souveränität des Landes, die territoriale Integrität oder eigene Unabhängigkeit zur Disposition stellen.

Die ukrainische Zollverwaltung arbeitet weiter an der **Implementierung eines vereinfachten Zollverfahrens**. Unternehmen können sich seit Anfang August als „Authorized Economic Operator“ (AEO) bewerben und von der Zollverwaltung entsprechend zertifizieren lassen.

Der Geschäftsführende Leiter der Zollverwaltung geht davon aus, dass erste entsprechende AEOs ab Januar 2021 arbeiten können. Grundlage ist der Regierungsbeschluss Nummer 665 vom 29. Juli 2020.

Die ukrainische Straßenbaubehörde Ukravtodor plant bis zum Jahr 2025 **den (Neu)Bau von rund 2900 Kilometern Betonstraßen** im Land. Der Beton für den Straßenbau wird aus heimischen Quellen gespeist.

Die ukrainischen **Gasspeicher** sind gut gefüllt. Anfang August verfügte das Land über gespeicherte Reserven in Höhe von 22 Milliarden Kubikmetern, einem Höchststand seit der Unabhängigkeit. Gleichzeitig wuchs auch der Bestand gespeicherten Gases von ausländischen Unternehmen im Land auf 5,2 Milliarden Kubikmetern. Das Vierfache im Vergleich zum Vorjahr.

Im Zuge der Corona-Krise stieg die **Arbeitslosenzahl** in der Ukraine um knapp 400.000 offiziell registrierte Personen an. Der monatliche Anstieg flacht jedoch zunehmend ab. Die ukrainische Regierung hatte als eine Corona-Bekämpfungsmaßnahme die Schaffung von 500.000 Arbeitsplätzen angekündigt, um die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns für die Bevölkerung abzufedern. Gleichzeitig wurden nach Angaben der ukrainischen Regierung durch ein Kurzarbeiterprogramm knapp 360.000 Arbeitsplätze gerettet.

Weiterhin für Diskussionsbedarf sorgt der Rücktritt und die folgende Neubesetzung des **Chefposts der Nationalbank der Ukraine (NBU)**. Präsident Selenskyj sowie der neue Zentralbankchef Schewtschenko versicherten in Gesprächen mit internationalen Gebern, wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, dem Internationalen Währungsfonds sowie in Gesprächen mit dem ukrainischen Bankenverband, dass die Unabhängigkeit der NBU unangetastet bleibe. Der vormalige Leiter der NBU, Smolij, war Anfang Juli zurückgetreten und begründete diesen Schritt mit politischem Druck, die Unabhängigkeit der Nationalbank aufzuweichen.

Belarus

In Belarus haben am 9. August die **Präsidentenwahlen** stattgefunden. Die **staatliche Wahlkommission** erklärten Amtsinhabern **Lukaschenko zum Sieger** und verkündete, dass 80,08 Prozent für ihn und 10,09 Prozent für die Hauptkandidatin der Opposition, Swetlana Tichanowskaja, gestimmt hätten. Diese **offizielle Stimmenverteilung** wird von nationalen, aber auch internationalen Beobachtern **in Zweifel gezogen**. Nachwahlbefragungen, aber auch Fotos aus Wahlkreisen in Sozialen Medien deuten auf Auszählungsergebnisse hin, die Tichanowskaja als klare Siegerin der Abstimmung aufweisen. Länder wie China und Russland gratulierten Amtsinhaber Lukaschenko zum Sieg, wohingegen westliche Länder die Wahlen als undemokratisch und unfair und das offizielle Ergebnis als gefälscht betrachten. Im Zuge des Wahlkampfes wurden bereits Oppositionskandidaten verhaftet und Kundgebungen der Oppositionskandidaten verhindert.

Im Nachgang der Verkündung des Wahlergebnisses entstanden **landesweit zahlreiche Proteste**, die von Sicherheitskräften rigoros und mit Gewalt verhindert oder aufgelöst wurden, wobei bisher mehrere tausend Menschen, teils willkürlich, verhaftet worden sind. Das überharte Vorgehen der Sicherheitskräfte löste international Proteste aus. Swetlana

Tichanovskaja verließ drei Tage nach der Wahl das Land und hält sich nun in Litauen auf. Weronika Zepkalo, die zweite prominente Frau im Wahlkampfteam, floh bereits zuvor nach Moskau. Maria Kalesnikava, die letzte im Land verbliebene und nicht verhaftete Oppositionsführerin, rief zur Beendigung der staatlichen Gewalt auf und forderte die Führung auf, den Wahlsieg der Opposition anzuerkennen. Eine weitere Eskalation der Gewalt lehnt sie klar ab, genauso wie eine Einmischung von außen. Sanktionen gegen die Führung des Landes hält sie für nicht zielführend und wirksam. In den Tagen nach der Wahl war das Internet in Belarus zum Teil nur stark eingeschränkt funktionsfähig oder zum Teil komplett abgeschaltet. Websites und Messenger waren zum Teil ebenfalls nicht erreichbar.

Nach Einschätzungen von Beobachtern sind die Proteste im Land viel breiter und gehen durch mehr Gesellschaftsschichten als bei anderen Protesten. Der massive Einsatz von Polizeikräften und einer großen Zahl von Spezial- und Sondereinheiten, auch gegen kleinste Menschenansammlungen, wirken dem entgegen. Im weiteren Verlauf zogen sich die Sicherheitskräfte zurück. Immer mehr Belegschaften von Betrieben oder Krankenhäusern bekunden Solidarität mit den Protesten. In Minsk und anderen Städten scheint der Protest weiter zu tragen.

Ein **Statement des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden** Oliver Hermes zu den Protesten finden Sie hier: www.oaev.de/de/runder-tisch-koennte-eine-loesung-sein

Mit Blick auf wirtschaftliche Entwicklungen in Belarus hat die Befüllung des fertiggestellten Kernkraftwerkes Astrawez an der Memel begonnen. Mit der Inbetriebnahme wird im Herbst des Jahres gerechnet.

Der belarussische Finanzminister rechnet mit staatlichen Mindereinnahmen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Erhöhung der Preise für Ölimporte. Es werden rund vier Milliarden Belarussische Rubel weniger an Einnahmen erwartet. Dies entspricht etwa 1,37 Milliarden Euro.

Südkaucasus

Im jüngsten Bericht der Heritage Foundation zur Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit haben alle drei Länder im Südkaucasus im Vergleich zum Vorjahr Fortschritte erzielt. Armenien kletterte auf Rang 34 (2019: 47), Georgien auf Rang 12 (2019: 16) und Aserbaidschan auf Rang 44 (2019: 60).

Die monatlichen Statistiken der **armenischen** Wirtschaft deuten auf eine schrittweise Erholung nach dem Corona-bedingten Lockdown hin. Waren noch im April und Mai Rückgänge der Wirtschaftsaktivität im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat um 16,3 bzw. 12,8 Prozent zu verzeichnen, verzeichnete das Statistikamt im Juni 2020 einen Rückgang um 7,5 Prozent ggü. Juni 2019.

Aufgrund der **aktuellen Pandemielage** hat die armenische Regierung den Notstand im Land bis zum 11. September verlängert. Zwar sei der Trend mit Blick auf Neuansteckungen positiv, wie Gesundheitsminister Torosjan mitteilte. Die einschränkenden Maßnahmen müssten, so Premier Paschinjan, allerdings nochmals verlängert werden. Der Schulbetrieb soll ab dem 15. September wieder aufgenommen werden. Einzelne Bestimmungen werden auch gelockert.

Im Rahmen der **Makro-Finanziellen Hilfe der Europäischen Union** profitiert **Georgien** mit einer Summe von rund 100 Millionen Euro, die für die Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements, sektorale Reformen und Arbeitsmarktmaßnahmen eingesetzt werden können. Das entsprechende MoU mit der Europäischen Union wurde am 11. August unterzeichnet.

Anfang August begrüßte Georgien die **ersten internationalen touristischen Gäste** mit Flügen unter anderem aus Paris und München. Die Einreisenden konnten ohne Quarantänebestimmungen einreisen. Reisende aus Deutschland, Frankreich, Litauen, Lettland und Estland können ohne Quarantänebestimmungen nach Georgien einreisen.

Aufgrund des weiterhin anhaltenden Infektionsgeschehens hat **Aserbaidsschan** das spezielle Quarantäneregime für die Städte Baku, Jalilabad, Ganja, Masalli, Mingachevir, Sumgait, Yevlakh und die Distrikte Absheron, Barda, Goranboy, Goygol, Khachmaz und Salyan bis zum 31. August 2020 verlängert. Aufgehoben wurde jedoch die Pflicht zur Anmeldung zum Verlassen der Wohnung per SMS.

Ausgenommen von Sonder- und Charterflügen ist die Ein- und Ausreise in das Land mit Fahr- und Flugzeugen weiterhin untersagt. Zwischen den Städten und Regionen unter dem speziellen Quarantäneregime ist der Verkehr ebenfalls eingeschränkt oder untersagt. Es gelten ebenfalls eingeschränkte Arbeitszeiten des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Konjunktur

Ukraine: Das ukrainische Statistikamt teilte mit, dass der Handel mit Agrargütern zwischen der Ukraine und der EU im ersten Halbjahr 2020 um 5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gefallen ist und einen Wert von 4,6 Milliarden US-Dollar erreichte. Die ukrainische Stahlproduktion brach in den Monaten Januar bis Juli 2020 um 6,7 Prozent ein. Die Ukrainische Nationalbank teilte in diesem Zusammenhang mit, dass aktuell mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6 Prozent für das Jahr 2020 zu rechnen sei. Für das Jahr 2021 rechnet man wieder mit einem Wachstum in Höhe von vier Prozent.

Aserbaidsschan: Das aserbaidsschanische Exportgeschäft mit den anderen GUS-Ländern hat sich trotz der Corona-Pandemie robust gezeigt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum steigen die Exporte um 102,1 Millionen US-Dollar auf 710,8 Millionen US-Dollar, wie das staatliche Zollamt berichtet.

Georgien: Das PMC Research Center in Tiflis hat Ende Juli den Wirtschaftsausblick für Georgien veröffentlicht. Demnach erwarten die Experten einen Rückgang der Wirtschaftsleistung für 2020 um fünf Prozent, eine steigende Inflation sowie höhere Im- und Exportvolumina. Die Mehrheit der beteiligten Experten erwartet, dass die Wirtschaftskraft Georgiens in zwölf bis 18 Monaten den Stand der Vor-Corona-Zeit erreichen wird.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an zusätzlichen Onlineformaten, um Ihnen fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Weiterhin sind auch wieder erste Präsenzveranstaltungen in Planung.

26. August 2020: Unternehmensfrühstück mit der amtierenden Ministerin für Energie und Umwelt der Ukraine, Olha Buslavets – [auf Einladung](#)

7. Oktober 2020: [Belarus als IT-Standort mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finance und KI](#) (mehrteilige Online-Reihe); Schwerpunkt: E-Health.

17. September 2020: Diplomacy meets Digitalization mit dem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft – [auf Einladung](#)

30. September – 2. Oktober 2020: Delegationsreise Ukraine

Zweite Jahreshälfte 2020: Delegationsreise Aserbaidschan

15. Oktober 2020: Deutsch-Armenischer Wirtschaftstag, Jerewan

10. November 2020: Wirtschaftsforum Östliche Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Düsseldorf

Tipps & Links

Von der chinesischen Provinz Wuhan aus hat sich das neuartige **Coronavirus** seit Ende Dezember in bereits über 100 Länder ausgebreitet. Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.oaev.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte wieder reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Übersicht zu den Maßnahmen der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** in den Ländern der Östlichen Partnerschaft: <https://www.ebrd.com/news>

Informationen der **Europäischen Union** zu Unterstützungsmaßnahmen der Länder der Östlichen Partnerschaft: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_562

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien. <https://www.german-economic-team.com>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

Deutsche Botschaft in Armenien:

<https://eriwan.diplo.de/am-de>

Deutsche Botschaft in Aserbaidshon

<https://baku.diplo.de/>

Deutsche Botschaft in Belarus

<https://minsk.diplo.de/by-de>

Deutsche Botschaft in Georgien

<https://tiflis.diplo.de/ge-de>

Deutsche Botschaft in der Ukraine

<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer Website, auf Facebook, Linkedin, Xing und bei Twitter.

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidshon, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113 Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegelbein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.